



Die Pflegemisere ...

WWW.SN.AT/WIZANY

## Was verdienen Manager in Landesbetrieben?

Verschwiegen bis ins Grab. So lässt sich der Umgang des Landes mit dem Geld beschreiben. Über eigene Lohnzettel oder Einkünfte wird eisern geschwiegen, dafür umso eifriger über das vermutete Vermögen anderer getuschelt. Eigenwillig

**GLOSSE**  
Hermann Fröschl

ist das allemal, wenn auch im Privaten nachvollziehbar. Man muss nicht ins schwedische Extrem verfallen, wo selbst in Privatbetrieben gezahlte Gehälter öffentlich im Internet stehen. Höchst ärgerlich wird das Schweigen aber, wenn es um

den öffentlichen Bereich und etwa die Gehälter von Vorständen in landeseigenen Firmen geht. Tirols schwarzer Landeschef Anton Mattle berief sich am Mittwoch auch auf den Datenschutz, um eine Veröffentlichung zu verweigern. Dabei nährt das Schweigen nur Misstrauen und Argwohn, von dem es im Wahlvolk schon genug gibt. All das lässt erahnen, wie steinig der Weg zu jener Informationsfreiheit wird, die dem Land nächstes Jahr verordnet wird. Nicht nur den Tiroler Landeshauptmann wird man dann zumindest leichter beim Wort nehmen können. Wie sagte Mattle so schön im Landtag: „Transparenz ist mir ein großes Anliegen.“

# Die Pflege in der Doppelmühle

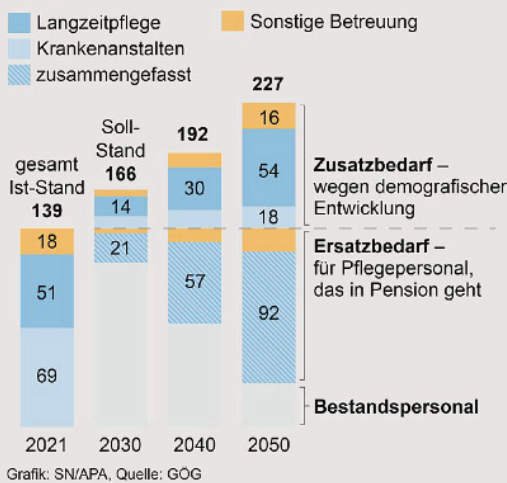
Viele Pflege- und Betreuungskräfte gehen in Pension, zugleich steigt der Pflegebedarf durch die Alterung. Die neueste Prognose sagt: Bis 2050 müssen fast 200.000 Kräfte gefunden werden.

WIEN. In den vergangenen Jahren war stets die Rede davon, dass bis 2030 fast 80.000 Pflegekräfte fehlen. Basis war die letzte große Bedarfsprognose der Gesundheit Österreich (GÖG) aus dem Jahr 2019. Unterdessen hat sich die Lücke auf rund 51.000 fehlende Pflege- und Betreuungskräfte bis 2030 verkleinert, wie aus der aktuellen GÖG-Prognose hervorgeht. Die neueste Vorausschau wagt nun einen Blick bis ins Jahr 2050.

Das sich der Mangel bis 2030 reduziert hat, liegt laut Studienautorin Brigitte Juraszovich nicht nur daran, dass seit der letzten Prognose fünf Jahre vergangen sind. Es sei mehr ausgebildet worden als gedacht, zudem sei die Coronapandemie in diese Zeit gefallen. Sie habe zu zweierlei geführt: Weniger Menschen als gedacht kamen – zum Teil notgedrungen – in stationäre Pflege oder nahmen mobile Dienste in Anspruch, zugleich kam es zu einer Übersterblichkeit, insbesondere bei den über 80-Jährigen. Gemeinsam hätten diese Faktoren dazu geführt, dass sich die ursprünglich für heuer und 2025 erwartete Spitze der Personalnot um einige Jahre verschoben habe. Juraszovich: „Es ist also noch ein bisschen Zeit zum Gegensteuern, aber nicht allzu viel.“

### Bedarf an Pflegepersonal – Prognose

in Tausend, gerundet



In die neue Prognose eingerechnet wurden auf der einen Seite die Pensionierungen in den Krankenhäusern und Reha-Einrichtungen, in den Pflegeheimen, Tageseinrichtungen

und bei den mobilen Diensten – mangels Daten aber nicht all jene, die ihre Arbeit quittieren. Auf der anderen Seite wurde hochgerechnet, welcher Zusatzbedarf sich

durch die Alterung der Gesellschaft ergeben dürfte. Fazit: Bis 2050 werden rund 108.000 Pflege- und Betreuungskräfte in Pension gehen, die ersetzt werden müssen. Parallel dazu dürfte der Bedarf an zusätzlichem Personal auf 88.000 steigen, um die wachsende Zahl an pflegebedürftigen Menschen zu versorgen. Macht in Summe: 196.000 Personen, die gefunden werden müssen.

Das geht trotz verstärkter Ausbildung in Österreich nicht aus, so Juraszovich. Insgesamt zeichne sich aus derzeitiger Sicht – ohne Berücksichtigung der Aussteiger – nun eine Lücke von 2000 bis 3000 Pflege- und Betreuungspersonen jährlich ab. Zwar wurden 2022 bereits 5065 Pflegekräfte mit ihrer Diplombildung oder der Ausbildung zur Pflegefach- und zur Pflegeassistenz fertig, da aber nicht alle auch in den Beruf einsteigen, müsse die Absolventenzahl gesteigert und alles unternommen werden, um Pflegekräfte zu halten und jene zurückzuholen, die Aufgaben. Dafür seien bessere Arbeitsbedingungen notwendig. Dasselbe gelte für Heimhilfen und Alltagsbetreuerinnen, deren Bedarf auch stetig steigt. **i.b.**

### KURZ GEMELDET

#### Bessere Ausbildung für junge Flüchtlinge

WIEN. Die Integration junger Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt soll stark vorangetrieben werden. In Wien wird die Zahl der entsprechenden Collegeplätze ab September massiv ausgebaut. 5000 Plätze werden vor allem für 18- bis 25-Jährige zur Verfügung stehen. Ziel des Projekts ist es, junge Asylberechtigte fit für den Arbeitsmarkt zu machen – einerseits durch Qualifikation, andererseits durch Spracherwerb. Das Programm richtet sich in erster Linie an junge Menschen, denen bereits ein Aufenthaltstitel erteilt wurde. 1000 Plätze sind aber auch für Personen reserviert, die im Asylverfahren eine hohe Bleibewahrscheinlichkeit haben, also vor allem für Syrer. **SN, APA**

#### Pensionserhöhung kann Pflegeförderung kosten

WIEN. Auf einen unerwünschten Effekt der jüngsten Pensionserhöhung macht Seniorenbundchefin Ingrid Korosec (ÖVP) aufmerksam: Viele Seniorinnen und Senioren würden ihren Anspruch auf die Förderung der 24-Stunden-Pflege verlieren, weil sie durch die Pensionserhöhung angepasst wurde, sei paradox und ungerecht, kritisiert Korosec. Die Menschen würden durch eine kleine Verbesserung gleichzeitig wichtige Unterstützungen verlieren.

## Klimabonus auch für Neugeborene und Umgezogene

WIEN. Der Klimabonus 2023 wurde bereits zum Großteil ausbezahlt, rund 7,4 Mill. Menschen haben ihn per Überweisung und über eine Million als Gutscheine erhalten. In einer zweiten Auszahlungswelle geht der Klimabonus ab Donnerstag nun auch noch an jene 633.000 Menschen in Österreich, die ihn bisher noch nicht bekommen, aber mit Jahresende das Anspruchskriterium erfüllt haben. Das betrifft Neugeborene, Zugezogene oder jene, die umgezogen oder ohne festen Wohnsitz sind. Antrag muss dafür auch diesmal keiner gestellt werden.

## Gesundheitsausgaben steigen weiter

Trotz abflauernder Pandemie gab es 2022 kein Minus. Höhere Kosten im niedergelassenen Bereich.

WIEN. Österreichs Gesundheitsausgaben sind 2022 weiter gestiegen und belaufen sich auf 49,9 Milliarden Euro. Das ist ein moderater Zuwachs gegenüber 2021 (49,2 Mrd. Euro). Die neuen Zahlen der Statistik Austria zeigen, dass in Österreich damit 11,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für das Gesundheitssystem aufgewendet werden. Im OECD-Vergleich liegt Österreich mit diesem Wert im Spitzenfeld, exakt auf Platz acht. Im Schnitt geben die OECD-Länder 9,2 Prozent des BIP für das Gesundheitssystem aus. Auf den ersten Plätzen finden sich die USA (16,6 Prozent), Deutschland (12,7 Prozent) und

Frankreich (12,1 Prozent). Vor Corona war der BIP-Anteil der Gesundheitsausgaben mit 10,5 Prozent noch deutlich niedriger gewesen.

Im Jahr 2022 war die Pandemie bereits am Abklingen. Die pandemiebedingten Gesundheitsausgaben der öffentlichen Hand sanken deshalb um 2,1 Mrd. Euro auf 2,9 Mrd. Euro. Die großflächigen Covid-Testungen und -impfungen wurden ebenso zurückgefahren wie die Kontaktverfolgung (Contact Tracing). So sanken die öffentlichen Gesundheitsausgaben für Prävention gleich um 30 Prozent.

Bund, Länder, Gemeinden und die Sozialversicherungsträger ka-

men 2022 für 38,7 Mrd. Euro der laufenden Gesundheitsausgaben auf. Dies entspricht einem Anstieg von 0,5 Prozent, der deutlich unter dem durchschnittlichen Anstieg von 4,8 Prozent zwischen 2004 und 2021 liegt. Dass die Gesundheitsausgaben insgesamt dennoch nicht gesunken sind, liegt daran, dass die Ausgaben abseits der pandemiebedingten Bereiche überdurchschnittlich gestiegen sind. Die Statistik Austria nennt dabei die Behandlungen im niedergelassenen Bereich, in der stationären Rehabilitation oder Medikamenten und therapeutische Hilfsmittel.

Für die öffentlichen Spitäler in-

klusive Ambulanzen beliefen sich die Ausgaben auf 14,7 Milliarden Euro. Die stärksten Kostensteigerungen gab es dabei in Oberösterreich (8,2 Prozent), Tirol (6,6 Prozent) und im Burgenland (5,8 Prozent). In Salzburg waren es nur 1,3 Prozent. Im Österreicher-Schnitt stiegen die Ausgaben für die Spitäler um vier Prozent.

Insgesamt ist das heimische Gesundheitssystem zu mehr als drei Vierteln öffentlich finanziert. Private Ausgaben – etwa von privaten Haushalten, freiwilligen Krankenversicherungen oder Unternehmen – summierten sich auf 11,2 Mrd. Euro oder 22,4 Prozent. **SN, APA**